LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21633**

06.10.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8735 vom 10. September 2026
des Abgeordneten Thomas Röckemann AfD
Drucksache 18/21314

KI-generierte Schriftsätze und steigende Eilverfahren – Wie stark sind die Sozialgerichte in Nordrhein-Westfalen belastet?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Sozialgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen verzeichnet einen erheblichen Anstieg der Verfahrenseingänge. Nach Angaben des Präsidenten des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen stieg die Zahl der Eilverfahren bei den acht Sozialgerichten von rund 1.400 im ersten Quartal 2025 auf rund 3.600 im ersten Quartal 2026. Beim Landessozialgericht als Beschwerdeinstanz hat sich der Eingang entsprechender Verfahren annähernd verdoppelt.[1]
Zugleich berichten die Sozialgerichte von einer zunehmenden Zahl offensichtlich unter Verwendung Künstlicher Intelligenz erstellter Schriftsätze. Diese seien teilweise umfangreich und unpräzise und enthielten mitunter nicht existente oder für den jeweiligen Sachverhalt unpassende Gerichtsentscheidungen. Nach Angaben des Präsidenten des Landessozialgerichts führt insbesondere die Bearbeitung zahlreicher Eilverfahren dazu, dass reguläre Hauptsacheverfahren länger liegen bleiben. Zugleich bestehe zusätzlicher Personalbedarf.[2]
Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die gestiegene Verfahrensbelastung auf die Funktionsfähigkeit der Sozialgerichtsbarkeit und die Dauer des Rechtsschutzes in Nordrhein-Westfalen auswirkt.

Der Minister der Justiz hat die Kleine Anfrage 8735 mit Schreiben vom 6. Oktober 2026 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Wie hat sich die Zahl der Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bei den acht Sozialgerichten in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2024 entwickelt? (Bitte nach Gericht, Jahr bzw. für 2026 nach dem aktuell verfügbaren Berichtszeitraum sowie nach Sachgebieten aufschlüsseln.)

Die Entwicklung der Zahl der Neuzugänge in Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz bei den acht Sozialgerichten in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2024 bis

[1] Vgl. https://www.welt.de/regionales/nrw/article6a812816169e8e32c0ae9b4d/sags-doch-einfach-sozialgerichte-beklagen-ki-schwemme.html, abgerufen am 02.09.2026.
[2] Vgl. https://www1.wdr.de/nrw/ruhrgebiet/ki-klagen-gericht-chatgpt-100.html, abgerufen am 02.09.2026.

Datum des Originals: 06.10.2026/Ausgegeben: 12.10.2026

zum 2. Quartal 2026 ergibt sich aus der anliegenden Tabelle „Anlage zur Kleinen Anfrage 8735 zu Frage 1“.

2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Umfang und Entwicklung von offensichtlich unter Verwendung Künstlicher Intelligenz erstellten Schriftsätzen bei den Sozialgerichten Nordrhein-Westfalens vor? (Bitte auch angeben, ob eine systematische Erfassung entsprechender Fälle erfolgt bzw. vorgesehen ist.)

Der Präsident des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen hat berichtet, dass die Belastung der Sozialgerichte in den letzten Monaten insbesondere durch eine spürbare Zunahme von Eilverfahren im Bereich der Grundsicherung und der Sozialhilfe, aber auch der Klageverfahren weiter zugenommen habe. Im Rahmen der Hauptsacheverfahren würden zunehmend KI-generierte Schriftsätze erheblichen Umfangs eingereicht, die die Bearbeitung der Verfahren erheblich erschwerten und deren Abschluss verzögerten.

3. Wie haben sich die Bestände und die durchschnittliche Verfahrensdauer der Hauptsacheverfahren bei den acht Sozialgerichten seit dem Jahr 2024 entwickelt? (Bitte nach Gericht und Jahr bzw. für 2026 nach dem aktuell verfügbaren Berichtszeitraum aufschlüsseln.)

Die Entwicklung der Bestände und der durchschnittlichen Dauer je Verfahren in Klageverfahren bei den acht Sozialgerichten seit dem Jahr 2024 bis zum 2. Quartal 2026 ergibt sich aus der anliegenden Tabelle „Anlage zur Kleinen Anfrage 8735 zu Frage 3“.

4. ***Welchen zusätzlichen Personalbedarf haben das Landessozialgericht bzw. die Sozialgerichte gegenüber dem Ministerium der Justiz aufgrund der gestiegenen Verfahrensbelastung für die Jahre 2026 und 2027 geltend gemacht? (Bitte nach richterlichem und nichtrichterlichem Dienst aufschlüsseln.)***

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen von Haushaltsaufstellungsverfahren für seinen Geschäftsbereich zu dem in der Kleinen Anfrage geschilderten Sachverhalt berichtet. Zur Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit sieht der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2027 daher die Einrichtung von 8 neuen Planstellen für Richterinnen und Richter am Sozialgericht vor.

5. ***Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um einer Verlängerung der Verfahrensdauer infolge der gestiegenen Belastung der Sozialgerichte entgegenzuwirken?***

Derzeit werden im Bereich der Justiz vielfältige Maßnahmen zur Bewältigung der anfallenden Mehrarbeit geprüft. Unter anderem wird der Pilotbetrieb von KI-Werkzeugen wie MAKI (Massenverfahrensassistenz mithilfe von KI), EMIL (Erkenntnismittelassistent), ALeKS (Anonymisierungs- und Leitsatzerstellungs-Kit zur smarten Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen) und GSJ (Generatives Sprachmodell der Justiz), welche die Anwenderinnen und Anwender unterstützen sollen, vorbereitet. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Anlage zur Kleinen Anfrage 8735 zu Frage 1

Neuzugänge in Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG bei den einzelnen Sozialgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen
- Alle Geschäfte -

Jahr	2024	2025	Q1/2026	Q2/2026
Sozialgericht Aachen				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	353	453	205	192
Sozialgericht Detmold				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	332	583	297	291
Sozialgericht Dortmund				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	842	1.258	629	615
Sozialgericht Düsseldorf				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	926	1.683	770	744
Sozialgericht Duisburg				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	705	1.080	499	497
Sozialgericht Gelsenkirchen				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	474	650	293	249
Sozialgericht Köln				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	1.004	1.533	708	686
Sozialgericht Münster				
- Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG				
- Neuzugänge	252	375	182	174

Anlage zur Kleinen Anfrage 8735 zu Frage 3

Bestand und durchschnittliche Dauer je Verfahren in Monaten in Klageverfahren bei den einzelnen Sozialgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen - Alle Geschäfte -

Jahr	2024	2025	Q1/2026	Q2/2026
Sozialgericht Aachen				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	3.986	4.426	4.666	4.765
- Verfahrensdauer in Monaten	12,3	13,1	13,9	13,4
Sozialgericht Detmold				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	9.216	9.038	8.959	9.145
- Verfahrensdauer in Monaten	19,1	19,4	20,1	19,9
Sozialgericht Dortmund				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	19.675	20.651	21.237	21.924
- Verfahrensdauer in Monaten	19,0	18,9	18,2	19,2
Sozialgericht Düsseldorf				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	13.810	14.375	15.073	15.472
- Verfahrensdauer in Monaten	17,1	15,5	13,8	13,7
Sozialgericht Duisburg				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	10.750	11.095	11.060	11.243
- Verfahrensdauer in Monaten	14,8	14,2	13,8	12,6
Sozialgericht Gelsenkirchen				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	6.541	7.093	7.097	7.290
- Verfahrensdauer in Monaten	13,4	12,5	12,4	12,7
Sozialgericht Köln				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	10.985	12.074	12.379	12.891
- Verfahrensdauer in Monaten	12,5	12,7	12,7	12,6
Sozialgericht Münster				
- Klageverfahren				
- Bestand Verfahren	6.256	5.950	6.002	6.067
- Verfahrensdauer in Monaten	18,0	17,3	16,6	17,9